

Muster an Zusammenarbeit

Weiterer Bewilligungsbescheid für die Kooperation der Bauhöfe

Dreieich und Neu-Isenburg kooperieren beispielhaft mit ihren Bauhöfen. Das durften sie den Vertretern von 144 hessischen Kommunen zeigen.

■ Von Nicole Jost

Dreieich/Neu-Isenburg. Die strukturell unterfinanzierten Haushalte der Kommunen sind schon lange kein Geheimnis mehr, und die Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten und Gemeinden steht auf manch städtischer Agenda. Im Bürgerhaus Sprendlingen tagten gestern 144 Vertreter hessischer Kommunen und befassten sich mit dem Thema Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) bei Bauhöfen.

Staatssekretär Werner Koch erklärte in seiner Begrüßung: „Interkommunale Zusammenarbeit ist keine Modeerscheinung, ist kein kurzzeitiges Betätigungsfeld für Bürgermeister, die zeigen

wollen, dass sie etwas tatkräftig in Angriff nehmen. Die Zusammenarbeit ist vielmehr zu einer Notwendigkeit für alle Kommunen in Hessen geworden.“ Auch das Land Hessen habe das schon lange erkannt und ein Förderprogramm aufgelegt, das den Städten die Zusammenarbeit erleichtern soll. „Die Inanspruchnahme dieses Förderprogramms ist überproportional steigend, 2012 haben wir 172 Kommunen mit 1,8 Millionen Euro unterstützt“, erläuterte der Staatssekretär.

Konsolidierungszwang

Dreieich Bürgermeister Dieter Zimmer (SPD) und Neu-Isenburgs Rathauschef Herbert Hunkel (parteilos) hatten bei der Tagung die Zusammenarbeit ihrer Bauhöfe zu präsentieren. Petra Klink, Leiterin des Dienstleistungsbetriebes der Stadt Neu-Isenburg, beschrieb den Weg, den beide Kommunen zur Zusammenarbeit seit den Be-

schlüssen in den Stadtparlamenten im Juni 2011 gegangen sind. Beide Städte stehen unter Konsolidierungszwang, liegen nahe beieinander, und während Dreieich seinen Bauhof sanieren muss und zwei Grundstücke aufgeben wird, verfügt Neu-Isenburg schon über einen Neubau.

Bessere Auslastung

Petra Klink, betonte: „Wir wollen mit diesem Projekt eine höhere Wirtschaftlichkeit und gleichzeitig eine Qualitätssteigerung durch geringere Aufgabenbreite und eine größere Aufgabentiefe erreichen. Auch die Auslastung der jeweiligen Organisationseinheit wird verbessert, und wir werden das Dienstleistungsangebot im Hinblick auf Qualität und Quantität erhalten.“ 936 000 Euro können die Kommunen mit der gemeinsamen Betriebsführung sparen, insgesamt sind es 1,26 Millionen und damit 13,8 Prozent der Ge-

samtausgaben beider Städte. Zum 1. Januar soll die „Anstalt des öffentlichen Rechts“ gegründet werden, dann das Personal übergeleitet, und künftig der Abfall, die Straßenreinigung, die Pflege der Grün- und Spielplätze, die Straßenunterhaltung und die Werkstätten gemeinsam organisiert werden. „Die kommunale Selbstverwaltung bleibt bestehen“, betonte Herbert Hunkel, „hinter uns liegt eine Menge Arbeit, aber es wird gelingen.“

Auch Dieter Zimmer, der Amtskollege aus Dreieich ist vom Erfolg überzeugt. Er sieht den Termin zum 1. Januar aber noch mit einem kleinen Fragezeichen: „Uns geht die Qualität vor



Staatssekretär Werner Koch (3.v.l.) übergab den Förderbescheid an Stefan Schmidt (v. l.), Herbert Hunkel, Petra Klink, Dieter Zimmer und Martin Burlon. Foto: Jost

Schnelligkeit – aber selbst wenn es erst zum 1. April nächsten Jahres richtig los geht – es ist der richtige Weg.“ Davon ist auch Werner Koch überzeugt, der Staatssekretär überbrachte den beiden Kommunen einen zweiten Bewilligungsbescheid für diese gemeinsame Projektarbeit in Höhe von 50 000 Euro. Die erste Hälfte der 100 000 Euro Fördergeld hatten die beiden Städte im vergangenen Jahr bekommen.